

# Fraktions-Info

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Karlsruher Gemeinderat

Aktuelles aus dem Karlsruher Gemeinderat

Ausgabe 1 | Juli 2020

## Liebe Leser\*innen,

kurz vor der Sommerpause standen im Gemeinderat noch einmal wichtige Entscheidungen an. Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Fraktionsarbeit teilweise eingeschränkt. Dennoch waren und sind wir sehr aktiv. Für uns als LINKE ist es wichtig, die Corona-Krise ernst zu nehmen und eine soziale und ökologische Politik auch weiterhin bzw. jetzt erst recht zu betreiben. Dabei spielt gerade auch die kommunale Ebene eine wichtige Rolle. Denn vor Ort in den Kommunen wird entschieden, welchen Stellenwert wir Sozialem, Ökologischem, Kultur, aber auch Arbeit und Wohnen sowie Gesundheit und Pflege einräumen. Für uns als LINKE-Fraktion ist klar: Karlsruhe braucht nun mehr denn je eine soziale Politik.

Ihre/Eure Stadträt\*innen,  
Karin Binder, Mathilde Göttel  
& Lukas Bimmerle



## Südumfahrung Hagsfeld trotz Protest verabschiedet

**Nach mehrmaliger Vertagung wurde in der vergangenen Sitzung des Gemeinderats das Planfeststellungsverfahren zur Umfahrung Hagsfeld verabschiedet. Trotz des Protests von Klimaaktivist\*innen von Fridays for Future und des Karlsruher Klimakollektivs, aber auch von Rintheimer und Hagsfelder Anwohner\*innen, fand sich leider eine stabile Mehrheit im Gemeinderat, die für das Projekt gestimmt hat.**

Worum ging es?

Die sogenannte Umfahrung Hagsfeld ist eine Verlängerung des Autozubringers zwischen den Stadtteilen Hagsfeld und Rintheim hin zu einem neuen Anschluss in der Haid-und-Neu-Straße. Das postu-

lierte Ziel ist, Hagsfeld vom Autoverkehr zu entlasten. Herausgekommen ist, kurz gesagt, eine vermurkste Planung von gestern.

Dass das „Karlsruher Klimaschutzkonzept 2030“ vor kurzem verabschiedet wurde oder am Ende der letzten Ratsperiode der „Klimanotstand für Karlsruhe“ ausgerufen wurde, spielte bei der Entscheidung im Gemeinderat keine Rolle mehr. Unser Ergänzungsantrag, keinen Beschluss über die Umfahrung Hagsfeld zu treffen, bevor nicht die Auswirkungen auf das Klima untersucht sind, war ein letzter Appell unserer Fraktion und der Versuch, noch einmal ökologische und klimapolitische Vernunft in die Debatte zu bekommen. Die Mehrheit der Fraktio-

nen – allen voran die SPD und die CDU – entzogen sich jedoch ihrer Verantwortung für eine zukunftsorientierte Klima- und Verkehrspolitik, indem sie die Umfahrung als alternativlos darzustellen versuchten.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Eine von der Stadt beauftragte Verkehrsprognose belegt, dass der Verkehr in den stark betroffenen Straßen Hagsfelds lediglich zwischen 15 und 30% zurückgehen würde. Wie stark die Verkehrsverlagerung in die Stadtteile Waldstadt, Rintheim und den gesamten angrenzenden städtischen Bereich ausfallen wird, ist noch nicht genau prognostizierbar. Klar ist jedoch, dass die Umfahrung mehr Verkehr anziehen wird

- dies ist eine fast schon banale Kausalität: Mehr Straßen bringen mehr Verkehr. Hinzukommt, dass eine bisher gerne genutzte Naherholungsfläche durch den Straßenbau zerstört und zusätzlicher Lärm und Autoabgase die Menschen in Hagsfeld und Rintheim beeinträchtigen werden. Auch aufgrund der immensen Baukosten ist die Straße eigentlich nicht tragbar. Für die 1,5 km lange Straße soll die Hauptbahnlinie Karlsruhe-Mannheim untertunnelt werden und der Bau Kosten von mindestens 70 Millionen Euro erzeugen.

Anstatt ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Verkehrskonzept zu entwickeln, das den Autoverkehr insgesamt

reduziert, wurde nun der Bau einer weiteren Straße beschlossen. Die Fraktion DIE LINKE wird auch in Zukunft solche sinnlosen Projekte kritisch begleiten und

für eine sozial-ökologische und vernunftorientierte Politik im Karlsruher Gemeinderat eintreten. ■



Foto: bnn.de

## Erfolgreich mit Antrag zu Aktionsplan gegen Rechtsradikalismus

**In der Gemeinderatssitzung im Juni wurde unser „Aktionsplan gegen Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art“ mit großer Mehrheit verabschiedet.**

Die Stadtverwaltung hat nun den Auftrag vom Gemeinderat, die einzelnen Punkte unseres Aktionsplans in Zusammenarbeit mit Sozialträgern und zivilgesellschaftlichen Organisationen weiterzuentwickeln und umzusetzen.

Unser im Antrag formulierter Vorschlag für einen solchen Aktionsplan sieht dabei vor, dass neben der Ausweitung einer aktiven und präventiven Bildungs- und Aufklärungsarbeit in kommunalen Unternehmen sowie in Karlsruher Vereinen und Schulen auch die Arbeit mit Betroffenen von rechtsradikaler Gewalt und Diskriminierung, die Erinnerungsarbeit sowie die Unterstützung und Stärkung des Engagements der Karlsruher Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus, Rassismus

und Antisemitismus noch stärker gefördert wird.

Spätestens seit dem rechtsradikalen Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke, dem antisemitischen Anschlag in Halle und den rassistischen Morden in Hanau muss klar sein, dass es nicht allein ausreicht, Zeichen gegen rassistische, antisemitische und rechtsradikale Gewalt zu setzen.

Ein erster Schritt, auf kommunalpolitischer Ebene aktiv zu werden, stellt nun die Entwicklung des Aktionsplans dar. Neben der klassischen Bildungsarbeit, sollen dadurch auch diejenigen unterstützt werden, die sich ehrenamtlich und auf institutioneller Ebene gegen diese Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit engagieren. Die in unserem Antrag ebenfalls geforderte Schaffung einer Stelle eines\*r Antirassismus-Beauftragten ist zudem ein wichtiges Signal, auch institutionelle Formen von Rassismus endlich ernst zu nehmen und wirksame Maßnahmen dagegen zu entwickeln, aber auch Kompetenzen, Informationen und Initiativen zu bündeln und zu koordinieren, um diesem Thema einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.

Abschließend bleibt festzuhalten: Wir brauchen in Karlsruhe eine Kultur, die die Gefahr des Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und der Diskriminierung jeglicher Art ernst nimmt und die noch stärker für gesellschaftliche Vielfalt eintritt. Mit der Zustimmung zu unserem Aktionsplan ist nun ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. ■



## Mileuschutzsatzung für die Südstadt

**In der Südstadt werden aktuell – z.B. in der Augartenstraße – verstärkt Häuser von zweifelhaften „Investoren“ aufgekauft.**

Die Immobilien bleiben zunächst leer, werden teilweise umgebaut und anschließend zu teureren Mieten vermietet oder als Eigentumswohnungen verkauft. Die Bürgergesellschaft Südstadt hat hierzu Informationen gesammelt und ist mit der Bitte tätig zu werden, auf die Stadtverwaltung zugegangen. Im Mai letzten Jahres wurde erstmals ein interfraktioneller Antrag von KULT, Grüne, FDP und DIE LINKE im Gemeinderat behandelt, der zum Ziel hatte, mit dem Erlass einer Erhaltungssatzung zum Milieuschutz die Veränderungen für die jetzige Bewohner\*innenschaft der Südstadt zu bremsen. Die Stadt könnte nach dem Erlass einer Satzung bei einem Verkauf von Häusern und Bau-

maßnahmen Bedingungen, insbesondere für resultierende Mieten, setzen oder bei Verkäufen ein Vorkaufsrecht ausüben. Doch das Thema zieht sich. Die Stadtverwaltung will jetzt für ganz Karlsruhe Daten für die Stadtteile zusammentragen und erst danach auch für die Südstadt ein weiteres Vorgehen beschließen. Ein anderes Verfahren wäre nicht rechtssicher, ist die Begründung aus dem Rathaus. Erfahrungsgemäß dauert eine solche umfassende Datenerhebung sehr lange und in der Regel leider auch länger als die ursprünglichen Versprechungen der Verantwortlichen lauten. Ein Beschluss könnte schon bald zu spät für die Südstadt sein. Es gibt schon heute durch Verkäufe von Gebäuden und hohe Mietsteigerungen einen starken Verdrängungsdruck in der Südstadt.

Mit einem interfraktionellen Antrag hatten wir noch versucht, die Daten-

erhebung für die Südstadt vorzuziehen, da die Sachlage in der Südstadt einen deutlich stärkeren und offensichtlicheren Handlungsdruck als in anderen Karlsruher Stadtteilen aufweist.

Es ist weiterhin Ziel unserer Fraktion sehr zeitnah zu Ergebnissen zu kommen. OB Mentrup hat im Gemeinderat im Juni angekündigt, eine Arbeitsgruppe solle schon bald zusammenkommen und Ergebnisse sollten bei Bedarf noch in die Haushaltsplanung im Herbst eingehen können. Ob diese Versprechung eingehalten wird? Wir sind gespannt und bleiben dran. ■



Foto: ka-news.de

## Die Corona Krise vor Ort bewältigen

**Auch wenn das öffentliche Leben allmählich wieder anläuft, sind viele Menschen immer noch stark von der Krise betroffen. All diesen Menschen müssen wir nun vor Ort aus der Krise helfen.**

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft „Volkswohnung“ hat zwar viele unserer Kernforderungen, wie Mietstundungen, Stopp von Kündigungen und Räumungen oder Aussetzung von Sanierungsmaßnahmen, mittlerweile übernommen. Die Folgen von Corona werden sich aber noch lange auf dem Wohnungsmarkt abzeichnen. Wir brauchen daher weitere Unterstützungsmaßnahmen, wie einen sozialen Wohnungsfonds, mit Hilfe dessen eine soziale Wohnungsversorgung für die Stadt bereit gestellt wird, sowie die Verlängerung auslaufender Mietpreis- und Belegungsbindungen bei der Volkswohnung und anderen Wohnungsgesellschaften, um einen weiteren Rückbau von Sozialwohnungen zu stoppen. Auch unsere Karlsruher Kulturlandschaft steht vor existenziellen Herausforderun-

gen durch die Corona-Krise. Auch wenn einige Kulturbetriebe ihre Miete stunden konnten oder kurzfristig mit Soforthilfen von Bund und Ländern ausgestattet wurden, droht vielen die Insolvenz. Damit Karlsruhe auch in Zukunft über eine vielfältige Kulturlandschaft verfügt, braucht es dringender Unterstützungsmaßnahmen, wie die Einrichtung eines Notfallfonds für in Schieflage geratene Kulturinstitutionen, die Ermöglichung von Mietsenkungen oder die bedarfsgerechte Unterstützung von freischaffenden Künstler\*innen.

**Corona-Folgen  
vor Ort bewältigen!**  
gemeinsam, sozial, ökologisch.

Damit wir die Herausforderungen bewältigen können, müssen wir im kommenden Haushalt Gelder bereithalten. Land und Bund haben zwar bereits kurzfristig verschiedene Maßnahmen zur

Entlastung der Kommunen angekündigt, wie beispielsweise den Ausgleich für Gewerbesteuerausfälle oder die Entlastung bei Unterkunftskosten für die Grundsicherung. Diese Maßnahmen alleine werden jedoch nicht ausreichen. Das zu erwartende Haushaltsdefizit für Karlsruhe muss aufgefangen werden, damit es nicht zu Kürzungen im Sozialen, Kulturellen oder gar im kommunalen Gesundheitswesen kommt. Dies wird nur möglich sein, wenn das Land einen Schutzschirm für alle Kommunen aufspannt.

Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Tätigkeiten unsere Gesellschaft am Laufen halten und was wir wirklich brauchen, für ein gutes Zusammenleben. Neben der gelebten Solidarität, die sich in Nachbarschaftshilfen, sogenannten „Gabenäunen“ und vielem mehr offenbart hat, braucht es eine vielseitige Kultur, ein gutes Gesundheitssystem und nicht zuletzt auch gute Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung für diejenigen, die in den sogenannten „systemrelevanten Berufen „ arbeiten. ■

# Aktuelle Anträge und Anfragen

## Anfrage

### Situation des städtischen Reinigungspersonals

Bedingt durch die Corona-Pandemie wird deutlich, wie wichtig die Einhaltung von Hygiene-Standards im öffentlichen Raum und öffentlichen Gebäuden ist. Damit erhält auch die Gebäudereinigung einen neuen Stellenwert und die Anforderungen an die Beschäftigten und die beauftragten Firmen wachsen. In einer Anfrage möchten wir von der Stadtverwaltung Informationen unter anderem darüber, welche externen Firmen die Stadt für die Reinigung städtischer Gebäude oder Gebäude städtischer Gesellschaften beauftragt, welche Arbeitsbedingungen dort herrschen und zu welchen Konditionen Beschäftigte dort angestellt sind, sowie nach welchen Hygienekonzepten dort gearbeitet wird. ■

## Antrag

### Tariftreue bei öffentlichen Vergaben

In einem gemeinsam mit den Fraktionen von Grüne, SPD und KAL/DIE PARTEI verfassten Antrag, beauftragen wir die Stadtverwaltung künftig, bei jeder Vergabe von Dienstleistungen die Anwendung von Tarifverträgen und die Tariftreue der ausführenden Unternehmen und beteiligter Nachunternehmer als Ausführungskriterium aufzunehmen. Die Stadt Karlsruhe trägt große gesellschaftliche Verantwortung bei der Vergabe von Aufträgen. Die Stadt muss dabei auch für gute Arbeitsbedingungen eintreten. Dies gelingt nur, wenn bei zukünftigen Vergaben darauf geachtet wird, dass gute Arbeitsbedingungen bei den Auftragsnehmern herrschen und Tarifverträge und Tariftreue Anwendung finden. ■

derungen an die Beschäftigten und die beauftragten Firmen wachsen. In einer Anfrage möchten wir von der Stadtverwaltung Informationen unter anderem darüber, welche externen Firmen die Stadt für die Reinigung städtischer Gebäude oder Gebäude städtischer Gesellschaften beauftragt, welche Arbeitsbedingungen dort herrschen und zu welchen Konditionen Beschäftigte dort angestellt sind, sowie nach welchen Hygienekonzepten dort gearbeitet wird. ■

## Wir im Netz:



### bei Facebook

[facebook.com/linke.fraktion.karlsruhe](https://facebook.com/linke.fraktion.karlsruhe)



### bei Twitter

[twitter.com/dielinke\\_fra\\_ka](https://twitter.com/dielinke_fra_ka)



### bei Instagram

[instagram.com/dielinke.im.gemeinderat.ka](https://instagram.com/dielinke.im.gemeinderat.ka)



### unsere Website

[www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de](https://www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de)



### unser Newsletter

[www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de/start/newsletter](https://www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de/start/newsletter)

## Antrag

### Sitzen für alle!

In Karlsruhe gibt es in einigen Stadtteilen zu wenige Sitzmöglichkeiten. Insbesondere Menschen mit Behinderung, Senior\*innen und Familien sind darauf angewiesen, dass eine Vielzahl an Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum besteht. Wir möchten, dass die Stadtverwaltung unter Einbeziehung der Bürgerschaft - insbesondere dem Behindertenbeirat, dem Stadtseniorenrat und den Bürgervereinen - ein entsprechendes Sitzbankkonzept entwickelt. ■

## Antrag

### Neuordnung der Verkehrssituation am Karlstor

Die Situation am Karlstor Richtung Bahnhof ist für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen äußerst problematisch - insbesondere durch den durch Supermarkt sowie die zwei Kneipen beengten Fußgängerweg, was oftmals zu einem Ausweichen auf den Radstreifen führt und dementsprechend Unfallpotenzial birgt. Wir möchten daher die Verwaltung damit beauftragen, verschiedene Neuordnungs-Modelle zu prüfen. ■

## Antrag

### Sicherung des Grundstücks Litzenhardtstraße 109 für ein Projekt der sozialen Stadtteilentwicklung für Bulach und Beiertheim

In einem gemeinsam mit den Fraktionen von GRÜNE, SPD, CDU, FDP, KAL/DIE PARTEI und FW|FÜR gestellten Antrag beauftragen wir die Stadtverwaltung, das Grundstück in der Litzenhardtstraße 109 in Bulach, das demnächst in den

Besitz der Stadt Karlsruhe übergeht, zu sichern. Ziel ist es, dadurch ein Grundstück für das Vorhaben eines dort zu erstellenden Pflege-, Mehrgenerationen- und Begegnungszentrums zu gewinnen. Ein entsprechendes Konzept für das

Begegnungszentrum soll dann in einem kreativen Beteiligungsprozess gemeinsam mit der dortigen Bürgerschaft im Sinne der sozialen Quartiersentwicklung und deren Verankerung in den Stadtteilen entwickelt werden. ■

## Impressum

### Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE. im Karlsruher Gemeinderat  
Hebelstraße 13 | 76133 Karlsruhe  
Tel.: 0721 864 292 60 | Fax: 0721 133 1579  
[dielinke@gr.karlsruhe.de](mailto:dielinke@gr.karlsruhe.de)

V.i.S.d.P.: Andreas Hensel

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Karlsruher Gemeinderat